

Niederschrift

über die 46. Tagung des Hauptausschusses der Stadt Haldensleben am 14.06.2018, von 18:00 Uhr bis 20:05 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Sabine Wendler, Stellv. Bürgermeisterin

Mitglieder

Herr Boris Kondratjuk
Herr Ralf W. Neuzerling
Frau Roswitha Schulz
Herr Mario Schumacher
Frau Marlis Schünemann
Frau Anja Reinke – i. V. für Herrn Bodo Zeymer
Herr Guido Henke – i. V. für Herrn Martin Feuckert

von der Verwaltung

Frau Andrea Schulz – Dez.-Ltrn. II
Frau Carola Aust – 2. Stellv. Bürgermeisterin und Amtsleiterin Rechts- und Ordnungsamt
Frau Manuela Nebel – Abt.-Ltrn. Personalservice
Frau Doreen Scherff – Amtsleiterin Kultur, Bildung, Soziales, Jugend und Sport
Frau Diana Klimpke - Protokoll

Abwesend:

Mitglieder

Herr Martin Feuckert - entschuldigt
Herr Bernhard Hieber - entschuldigt
Herr Bodo Zeymer - entschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 17.05.2018
4. Annahme einer Spende - Vorlage: 148-H(VI.)/2018
5. Mitteilungen
6. Anfragen und Anregungen
7. Einwohnerfragestunde

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 17.05.2018
9. Personalangelegenheit - Vorlage: 147-H(VI.)/2018
10. Personalangelegenheit - Vorlage: 149-H(VI.)/2018
11. Anfragen und Anregungen
12. Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Wendler, stellv. Bürgermeisterin, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wurde festgestellt. *Herr Guido Henke* nimmt in Vertretung für Herrn Martin Feuckert und *Frau Anja Reinke* nimmt in Vertretung für Herrn Bodo Zeymer an der Sitzung teil. Es sind 7 Stadträte anwesend. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt. Damit gilt die Tagesordnung als festgestellt in der vorliegenden Form.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 17.05.2018

Es lagen schriftliche Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 17.05.2018 von *Herrn Neuzerling* vor. Diese Einwendungen wurden vorab an alle Mitglieder des Hauptausschusses per E-Mail versandt. Die Verwaltung hat die Einwendungen geprüft und zum Teil entsprechende Änderungsvorschläge erarbeitet bzw. erforderliche Erklärungen abgegeben. Diese wurden ebenfalls an alle Mitglieder des Hauptausschusses zu Beginn der Sitzung übergeben in schriftlicher Form.

Frau Wendler verlas in folgenden Punkten die Einwendungen von *Herrn Neuzerling*, erläuterte entsprechende Änderungsvorschläge der Verwaltung und ließ darüber zu den einzelnen Punkten abstimmen.

zu 1. der Einwendungen von Herrn Neuzerling – TOP 2 und TOP 3 des Protokolls:

Ich hatte zunächst die Änderung der Tagesordnung aus TOP 3 beantragt. Insoweit ist das Protokoll zu berichtigen.

Änderungsvorschlag/Erklärung der Verwaltung:

Reihenfolge der Behandlung der Änderungsanträge war eine andere.

Frau Aust hat mitgeteilt, dass zwei schriftliche Änderungsanträge von *Herrn Neuzerling* vorliegen. Dann wurde über den Antrag von *Herrn Hieber* abgestimmt. Danach wurde über den Antrag von *Herrn Neuzerling* zur Verschiebung der Tagesordnungspunkte 5 bis 9 hinter TOP 32 abgestimmt. Anschließend wurde über den Änderungsantrag zur gemeinsamen Behandlung und Beschlussfassung bezüglich TOP 7 bis TOP 7.17 abgestimmt. Die Reihenfolge im Protokoll wird verändert.

(Abstimmungsergebnis: angenommen 5 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

zu 2. der Einwendungen von Herrn Neuzerling:

Ich habe die gemeinsame Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte 7 bis 7.17 beantragt. An der Beschlussfassung hierzu hätten die Stadträte Henke, Feuckert, Schünemann, Hieber und Schumacher wegen sämtlicher Betroffenheit und Befangenheit nicht teilnehmen dürfen. Sie haben aber mit abgestimmt, wie das Abstimmungsergebnis zeigt. Dieses habe ich gerügt. Die Rüge ist ins Protokoll aufzunehmen.

Änderungsvorschlag/Erklärung der Verwaltung:

Es wurde darüber diskutiert. Das Wort Rüge fiel nicht (wurde auch bei nochmaligem Abhören von der Protokollführerin nicht gehört). *Frau Wendler* hat *Herrn Neuzerling* angeboten, die Aufzeichnung anzuhören. Das Protokoll in der vorliegenden Form soll nicht geändert werden.

(Abstimmungsergebnis: nicht angenommen 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Dieser Punkt muss durch die Kommunalaufsicht geklärt werden.

zu 3. der Einwendungen von Herrn Neuzerling - TOP 4 des Protokolls:

Zu TOP 4 habe ich gerügt, dass die Unterlagen, z. B. die Abwägung, nicht der Ladung beigelegt oder in der Sitzung ausgereicht wurde. Diese Rüge ist aufzunehmen. Es wird beantragt, das Tonband zur Begründung der Abwägung anzuhören und ein Wortprotokoll diesbezüglich zu erstellen.

Ebenfalls in TOP 4 habe ich ein Redebeitrag zur Vorgehensweise der Stadtverwaltung bei dem Versuch der Behinderung des Stadtrates Scheiber in der Ausübung seines Mandates im Stadtrat. Dieser Redebeitrag ist auf-

zunehmen und zwar von dem Antrag des Stadtrates Henke bis zum Schluss der Rednerliste.

Änderungsvorschlag/Erklärung der Verwaltung:

Es wurde von Herrn Neuzerling lediglich die Bitte vorgetragen, diese Abwägungsentscheidung den Stadträten zeitnah zur Stadtratssitzung zur Verfügung zu stellen.

Dann heißt es auf Seite 5 des Protokolls: Herr Zeymer bat ebenfalls darum, Unterlagen bezüglich des Abwägungsprozesses zur Umsetzung von Herrn Schreiber vor der Sitzung des Stadtrates vorzulegen.

Bessere Formulierung:

Herr Zeymer möchte für das Protokoll anmerken, dass bestimmte Vorlagen, aus denen Frau Aust zitiert, nicht vorlagen. Dem schließt sich Herr Neuzerling an.

Einen weiteren längeren Redebeitrag gab es seitens Herrn Neuzerling nicht.

Ein Wortprotokoll zur Begründung der Anhörung muss nicht erstellt werden. Stadträte können durch Wortmeldung verlangen, dass ihr eigener Beitrag aufgenommen wird (§ 14 Abs. 2 GeschO).

Ansonsten handelt es sich um Ergebnisprotokolle, die den wesentlichen Verlauf der Sitzung wiedergeben. Dass ich Ausführungen zur Abwägung gab, steht im Protokoll auf S. 5.

(Abstimmungsergebnis: angenommen 7 Ja-Stimmen)

zu 6. der Einwendungen von Herrn Neuzerling – TOP 26 des Protokolls:

In TOP 26 hatte ich die Höhe der Ausschreibungen für eine Heizungsanlage moniert. Herr Waldmann erklärt, ebenfalls erschrocken gewesen zu sein. Ich bat, die Entscheidung zu verschieben und die Ausschreibung zu überprüfen. Das ist aufzunehmen

Änderungsvorschlag/Erklärung der Verwaltung:

Hier handelte es sich lediglich um eine Nachfrage. Eine Änderung des Protokolls zu diesem Punkt erfolgt nicht.

(Abstimmungsergebnis: angenommen 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

zu 7. der Einwendungen von Herrn Neuzerling – TOP 29 des Protokolls:

Zu TOP 29 habe ich ebenfalls gesprochen. Da es sich um einen wesentlichen Beitrag handelte mit Ergänzungsvorschlägen, muss dieser Beitrag sinngemäß aufgenommen werden. Das ist abzuändern.

Änderungsvorschlag/Erklärung der Verwaltung:

In § 14 (2) der Geschäftsordnung heißt es, dass jedes Mitglied des Stadtrates verlangen kann, dass seine Erklärung wörtlich festgehalten wird. Dies ist durch Wortmeldung anzuzeigen. Dies ist nicht erfolgt.

(Eine Abstimmung erfolgt nicht. Herr Neuzerling hält diese in dem Punkt für entbehrlich.)

Mit den vorgetragenen und darüber abgestimmten **Änderungen** für den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 17.05.2018 wurde der Niederschrift **mehrheitlich zugestimmt**.

*Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen*

zu TOP 4 Annahme einer Spende - Vorlage: 148-H(VL)/2018

Der Hauptausschuss der Stadt Haldensleben **beschließt einstimmig** die Annahme einer Spende in Höhe von 2.000,00 Euro von der Firma IFA Group, Industriestraße 6 in 39340 Haldensleben, für die Kita „Max und Moritz“ für Projekte im Bereich Kunst und Kultur, Sprachentwicklung, Naturwissenschaft und Musik.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

zu TOP 5 Mitteilungen

Für den öffentlichen Teil der Sitzung lagen keine Mitteilungen vor.

zu TOP 6 Anfragen und Anregungen

Herr Kondratjuk fragt an, was Frau Wendler als amtierende Bürgermeisterin unternommen hat, um den Vorfall in der Stadtratssitzung bezüglich des Ausrufs „Heil Hitler“ aufzuklären.

Frau Wendler informiert, dass das Verfahren noch andauert und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen. Die Stadt hat leider keinen Einfluss auf die Länge des Verfahrens. An einer schnellen und zeitnahen Aufklärung haben sowohl Verwaltung als auch Stadträte großes Interesse.

Herr Kondratjuk kündigt einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion für die nächste Sitzung des Stadtrates zu diesem Thema an.

Herr Henke verweist auf die vorletzte Stadtratssitzung, wo ebenfalls über den derzeitigen Stand berichtet wurde. Bezüglich des angekündigten Antrages von Herrn Kondratjuk bemerkt *Herr Henke*, dass ein solcher bereits Thema der Stadtratssitzung am 7. Juni 2018 war.

zu TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Klaus-Dieter Albrecht, Haldensleben geht auf die Mitteilung von Frau Wendler in der Stadtratssitzung am 7. Juni 2018 ein, in der Frau Wendler über die Vergabe der Baumaßnahme „Rottmeisterstraße/Schulstraße“ berichtete. Die Vergabesumme gegenüber der geplanten Auftragssumme hat sich von 330.000 Euro auf 430.000 Euro erhöht. *Herr Albrecht* fragt Frau Wendler, was diese Untreue soll. Weiter kritisiert *Herr Albrecht* den geplanten Ausbau der Schulstraße, da die Straße keine 45 Jahre alt sei und bisher keine Reparaturen durchgeführt werden mussten.

Frau Wendler weist diese schwerwiegende Anschuldigung entschieden zurück und gibt entsprechende Erläuterungen zu den Kostenerhöhungen der einzelnen Baumaßnahmen. Diese Verteuerungen sind Ausdruck der Konjunktur. Es ist derzeit ohnehin sehr schwer, überhaupt Baufirmen zu binden. Aus diesem Grund musste auch die Baumaßnahme Bornsche Straße verschoben werden. Derzeit wird jede Ausschreibung teurer als vorher geschätzt.

Frau Iris Wolf, Haldensleben sprach die Baumaßnahme Neuenhofer Straße an und fragt, ob die Stadt die Bäume dort auch einbetonieren wolle wie am Bahnhof.

Frau Wendler versichert Frau Wolf, dass es im Zuge der Baumaßnahme Neuenhofer Straße konkrete Auflagen des Landkreises gab, wie zu verfahren ist, um die Bäume zu schützen.

Herr Jan Hoffmann, Haldensleben kritisiert, dass nicht vor allen Schulen, Kinder- und Pflegeeinrichtungen der Stadt Haldensleben eine Tempo-30-Zone eingerichtet worden ist. Bisher ist nur auf dem Süplinger Berg vor den Schulen eine Tempo-30-Zone eingerichtet worden. In Althaldensleben (Knotenpunkt Penny und Berufsschule) sowie im Bereich der Alsteinschule ist nichts passiert. Er fragt wie weit hier die Planungen sind.

Frau Wendler teilt mit, dass beim Landkreis die Einrichtung eines weiteren Fußgängerüberweges im Bereich Penny/Berufsschule beantragt wurde. Nach eingehender Prüfung wurde dieser jedoch abgelehnt, da die erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. Ebenso hat die Stadt Bemühungen unternommen, die Einrichtung eines Fußgängerüberweges im Bereich des Marktes umzusetzen. Auch hier sind die erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben und der Landkreis hat dies abgelehnt.

Die Einrichtung der Tempo-30-Zone vor der GS Gebrüder Alstein wurde ebenfalls abgelehnt durch den Landkreis. Dies war auch Thema im Bauausschuss. *Frau Reinke* bestätigt die Bemühungen der Stadt. Die zuständige Behörde ist jedoch der Landkreis. Sie informiert auch darüber, dass bei der Straßenbaumaßnahme Rottmeisterstraße diese seinerzeit als Straße mit starkem innerörtlichen Verkehr eingestuft worden ist. Dies ist eine geförderte Maßnahme und während der Bindefrist dürfen keine Veränderungen der Straße vorgenommen werden, somit würde sie ihre Einstufung verlieren. Auch aus diesem Grund sind derzeit keine Änderungen möglich.

Frau Wendler sagt zu, noch einmal mit dem Landkreis Gespräche zu führen, da auch die Anwohner der WBG in dem Wohngebiet Rottmeisterstraße das hohe Verkehrsaufkommen und die damit einhergehende Lärmbelästigung kritisierten. Für jedwede Unterstützung gegenüber dem Landkreis ist die Stadt Haldensleben natürlich dankbar.

Frau Kerstin Bruer, Ostergraben, Althaldensleben spricht auch im Namen der Anwohner des Ostergrabens. Die Anwohner sind gegen die Durchführung der Baumaßnahme und sind mit dem derzeitigen Ausbauzustand der Straße und der Gehwege zufrieden.

Herr Wiener, Ostergraben, Althaldensleben bringt ebenfalls zum Ausdruck, dass für die Anwohner der Zustand der Straße und der Wege ausreichend ist. Vielmehr macht er darauf aufmerksam bei der Planung zu berücksichtigen, dass viele Lkw über den Dammühlenweg geleitet werden laut Navi und die Durchfahrtshöhe der dortigen alten Brücke zu Problemen führt und der Knotenpunkt Dammühlenweg/Ostergraben einzige Wendemöglichkeit ist. Er sprach auch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED an und sieht für die Anwohner darin keinen Vorteil. *Frau Wendler* macht hier deutlich, dass es dabei um die Einsparung von Energie im Allgemeinen geht und dies das Ziel für Alle sein sollte. *Herr Wiener* habe auch schon in der Bürgerversammlung kritisiert, dass den Bürgern die Kosten und Leistungsverzeichnisse offengelegt werden sollten. Weiter kritisiert er die mitgeteilte erforderliche Ausbaubreite des Gehweges von 2,20 m. In dem Bereich sei auch 1,00 m ausreichend so *Herr Wiener*.

Frau Wendler teilt mit, dass die Baumaßnahme Bestandteil des Haushaltsplanes 2018 ist und diese Baumaßnahme durchgeführt werden muss. Die Detailfragen zum Ausbau der Straße und der Gehwege müssten mit dem

Bauamt geklärt werden. Der Hauptausschuss ist dafür nicht das richtige Gremium und ein Vertreter des Bauamtes ist heute auch leider nicht zugegen. Die Verwaltung stellt sich jedoch gern allen Fragen der Anwohner. Dies sollte dann jedoch zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden im Beisein des zuständigen Fachamtes. Seine Fragen habe *Herr Wiener* bereits an das Bauamt gerichtet.

Frau Katrin Nowack-Sobitzhof, Ostergraben, Althaldensleben kritisiert, dass die Verwaltung nicht im Vorfeld, bereits bei den Planungen die Bürger beteiligt hat. Eine entsprechende Information haben die Anwohner erst erhalten, wo schon fest stand, dass die Baumaßnahme durchgeführt wird. Es sollte berücksichtigt werden, ob die Anwohner eventuell schon belastet worden mit Kosten für andere Maßnahmen. Es haben bereits im letzten Jahr alle Anlieger einen neuen Gasanschluss erhalten und auch dafür waren Beiträge zu zahlen. Sie würde sich auch wünschen, dass die Stadt zinslose Kredite für die Bürger anbietet, die diese Beiträge nicht zahlen können. Dazu teilt *Frau Wendler* mit, dass die Stadt als öffentliche Verwaltung diesen Spielraum nicht hat, da sie sich im öffentlichen Recht befindet. Es ist in den Fällen nur das Instrument der Stundung möglich.

Frau Reinke sagt dazu, dass die Bürger auch im Vorfeld die Möglichkeit der Beteiligung nutzen könnten, wenn die Maßnahmen im Bauausschuss vorgestellt werden. Die Termine und Tagesordnungen werden rechtzeitig im Vorfeld jeder Sitzung öffentlich bekannt gegeben.

Herr Marco Vogler, Eigentümer eines Grundstücks am Ostergraben in Althaldensleben ist ebenfalls der Auffassung, dass dafür die gewählten Stadträte zuständig sind und die Bürger im Vorfeld informiert werden sollten, wo noch entsprechend Einfluss auf die Durchführung einer Baumaßnahme genommen werden könnte.

Frau Kerstin Bruer, Althaldensleben wünscht sich einen Ortsbürgermeister für Althaldensleben, den es früher auch gegeben habe.

Frau Schulze, Ostergraben, Althaldensleben fragt, was genau der geplante Bereich mit Bank und Begrünung kostet und wie hoch der zu zahlende Anteil der Bürger dafür ist und zwar konkret in Zahlen. Die Anlieger benötigen diesen Bereich nicht und wurden auch nicht gefragt, ob sie diesen möchten. Dies wurde auch schon in der Bürgerversammlung gefragt, wo geantwortet wurde, dass man die Kosten für diesen konkreten Abschnitt erst am Ende der Maßnahme mitteilen könne.

Herr Kondratjuk schlägt vor, dass die Baumaßnahme noch einmal diskutiert werden sollte mit den Anliegern, den Stadträten und dem zuständigen Fachamt.

Herr Neuzerling gibt eine persönliche Erklärung ab, nimmt die Bürgerhinweise gern auf und wird für zukünftige Baumaßnahmen ein vorgezogenes Verfahren in Bezug auf die Bürgerbeteiligung beantragen.

Frau Wendler macht noch einmal deutlich, dass der Haushaltsplan in jedem Jahr sehr breit gefächert diskutiert wird in allen Ausschüssen. Im letzten Quartal des jeweiligen Jahres werden dann im Bauausschuss alle geplanten Baumaßnahmen für das darauffolgende Haushaltsjahr vorgestellt und diskutiert.

Frau Schünemann bringt noch einmal zum Ausdruck, dass sie für alle Bürger stets ein offenes Ohr hat und sie sich auch um die Belange derer stets bemüht und kümmert. Sie ist immer Ansprechpartnerin für die Bürger und versucht dann auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen, zu unterstützen und aufzuklären.

Frau Reinke teilt mit, dass ihre Fraktion gemeinsam mit der Bürgerfraktion einen entsprechenden Antrag im Stadtrat einbringen wird für mehr Bürgerbeteiligung.

Um 18:55 Uhr schließt *Frau Wendler* die Einwohnerfragestunde und den öffentlichen Teil der Sitzung.

Sabine Wendler
Stellv. Bürgermeisterin

Diana Klimpke
Protokollführerin